

BLAUER LANDKREIS

Landkreis Görlitz

01/21



Tino Chrupalla in Moskau

Seite 3



„Die längste Treppe Europas“

Seite 6



**Sachsens Kenia-Regierung
stimmt für GEZ Erhöhung**

Seite 11

Bevölkerungsschutzgesetz, oder doch ein Ermächtigungsgesetz?

Die dritte Auflage des so genannten Bevölkerungsschutzgesetzes wurde und wird immer wieder als ein Gesetz zur Ermächtigung bei der Durchsetzung ...

Seite 5

Kohleausstieg bei unseren Nachbarn Tschechien und Polen

Tschechien und Polen zeigen, dass es auch anders geht. Denn einen schnellen und überhasteten Kohleausstieg wie hierzulande, können sich diese Länder gar nicht leisten.

Seite 6

Studie: ARD-Volontäre wählen zu 92 Prozent grün-rot-rot

Laut der Fachzeitschrift „Journalist“, einer der wichtigsten Fachzeitschriften der Branche, würden 92 Prozent der ARD-Volontäre grün-rot-rot wählen.

Seite 8

Demonstrationen sind keine Vergnügensreisen

Am 7.11.2020 fand eine Demonstration der Initiative „Querdenken“ in Leipzig statt, an der über 40.000 Menschen teilnahmen.

Seite 10



www.afdgoerlitz.de



facebook.com/AfDGoerlitz.de

Vorwort



Liebe Landsleute,

2020 haben wir nunmehr hinter uns gelassen. Was war das für ein Jahr!
Dieses Jahr wird in die Geschichte unseres Landes und unserer Demokratie eingehen.
Unser Gemeinwesen wird angegriffen, unsere Traditionen und
unsere Demokratie sind bedroht, denn:

- noch nie hat der Staat so tief in unser Leben eingegriffen,
- noch nie sind solche gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden,
um unsere Grund- und Freiheitsrechte dermaßen einschränken zu können,
- noch nie sind die sozialen und gesellschaftlichen Strukturen so massiv bedroht gewesen.

Die gesundheitlichen Schäden von Corona sind bei manchen Mensch schrecklich.
Wir dürfen dieses Virus nicht verharmlosen. Aber die sozialen und wirtschaftlichen
Zerstörungen durch unangemessene und kopflose Entscheidungen und Maßnahmen haben
unser Land um Jahre zurückgeworfen. Das werden wir alles so nicht vollständig wieder
aufholen können. Und was dabei völlig vergessen wird: Die Menschen brauchen Freude, Gemeinschaft,
Gemeinsamkeit, soziales Miteinander. Jeder Arzt weiß, dass das für die Menschen überlebenswichtig ist.
Das hält gesund! Wichtig ist mir auch, hier an dieser Stelle noch einmal allen Menschen
zu danken, die durch ihren unermüdlichen Einsatz unsere medizinische Versorgung aufrechterhalten!
In dieser schwierigen Situation wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden trotz allem einen
guten Start ins Jahr 2021!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Tino Chrupalla

Unser Landkreis

Vorab noch einmal zur Klarstellung:

Wir müssen das Corona-Virus und die gesundheitlichen Folgen sehr ernst nehmen. Denn gerade hier in Sachsen und in unserem Landkreis zeigen sich nun die katastrophalen Auswirkungen unserer Gesundheitspolitik der letzten Jahre. Kliniken und Stationen wurden unter dem Diktat der „Wirtschaftlichkeit“ geschlossen und abgebaut. Fachpersonal fehlt und für manche Menschen haben die Versäumnisse, besonders unsere älteren Mitbürger rechtzeitig zu schützen, das Virus zu einer tödlichen Bedrohung werden lassen. Wir sehen außerdem die wirtschaftlichen und sozialen Folgen hier in unserem Landkreis vor allem auch im Hotel- und Gastgewerbe. Deswegen will ich mich auf allen politischen Ebenen für die Stärkung unserer Region und für die Unterstützung des Mittelstands und unsere Handwerker einsetzen. Denn sie stützen doch unsere Wirtschaft und die Bezahlbarkeit unseres Gesundheitssystems. Deswegen müssen die angekündigten „Soforthilfen“ auch ihrem Namen gerecht werden. Es gilt: Soforthilfen SOFORT auszahlen! Was wir auch nicht brauchen, sind abenteuerliche Schuld- und Ursachenzuschreibungen durch den Ministerpräsidenten Kretschmer und den „Ostbeauftragten“ Wanderwitz.

Plakat-Aktion im Bundestag

Im Bundestag haben wir mit unserer PLAKATAKTION am 18.11.20 vor der Debatte zur Verabschiedung des „3. Bevölkerungsschutzgesetzes“ ein ausdrucksvolles Zeichen gesetzt. Wir haben damit als Fraktion gemeinsam und geschlossen in unserem Parlament darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Gesetz massive Grundrechtseingriffe beinhaltet. Und, wie mehrere Verfassungsexperten schon im Vorfeld festgestellt hatten, ist es nicht verfassungskonform.



Plakat-Aktion vom 18.11.2020 im Bundestag

Unser Bundesparteitag in Kalkar am 28. und 29.11.2020

Auch wenn es zwischendurch hitzig und hart zugegangen ist, die Ergebnisse des Bundesparteitages können sich sehen lassen. Mit Augenmaß, vernünftiger und wohlüberlegter Planung lässt sich eine Großveranstaltung mit über 500 Teilnehmern auch in

„Coronazeiten“ erfolgreich über die Bühne bringen! Und inhaltlich haben wir nach einer lebendigen Debatte Leitlinien zur Sozialpolitik und Vorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems verabschiedet. Fast 89 Prozent der rund 500 Delegierten stimmten für das Konzept. Es belohnt die Leistungsbereitschaft und das Engagement der Bürger, die in jahrzehntelanger Arbeit den Wohlstand für unser Land und den eigenen Wohlstand im Alter geschaffen haben. Wir garantieren mit unserem Konzept den Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, eine auskömmliche Rente.

Wir stehen für WOHLSTANDSRENTEN STATT ARMUTSRENTEN. Wir sind die Partei der Solidarität und Gerechtigkeit und wir stehen zusammen!

Mein Besuch in Moskau

Meine Gespräche mit Außenminister Sergej Lawrow haben gezeigt, dass unsere Partei eine wichtige Rolle im Normalisierungsprozess der Beziehungen zu Russland spielen kann und spielt. Dies wurde noch einmal ausdrücklich durch den Außenminister betont. Ich habe außerdem bei dem Treffen in Moskau die Sanktionen der EU und der USA kritisiert. Vor allem die Folgen für uns in Ostdeutschland sind wegen der engen wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland schwerwiegend. Und für mich gilt, das Russland zu Europa gehört. Deswegen brauchen wir in der Außenpolitik „Pragmatismus statt Ideologie“!



Gespräche in Moskau mit Sergej Lawrow

Liebe Landsleute,
Das war ein kurzer Überblick über die Ereignisse und Entwicklungen der letzten Monate des Jahres 2020. Arbeiten wir gemeinsam daran, mit allen engagierten Bürgern und Parteimitgliedern unser Vaterland auf den richtigen Kurs zu bringen! Dazu wünsche ich uns für das Jahr 2021 viel Kraft, Mut und Entschlossenheit.

MdB Tino Chrupalla

stellv. Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion,
Kreisvorsitzender der AfD Görlitz,
Bundessprecher der Alternative für Deutschland

Infrastrukturmaßnahmen im Zuge des Strukturwandels

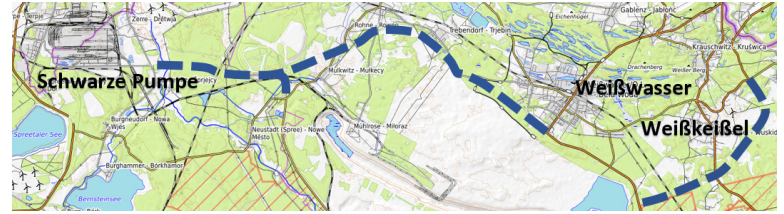
Liebe Bürger, Freunde und Kollegen,

am 26. Oktober 2020 folgten mein Kollege Jens Oberhoffner und ich einer Einladung der Bürgermeisterin der Stadt Sorau (Żary), Danuta Madej, zu einem gemeinsamen Arbeitstreffen. In einem offenen und partnerschaftlich geführten Gespräch erörterten wir Fragen zum Thema Sonderwirtschaftszonen und möglicher gemeinsamer, grenzübergreifender wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Dabei erläuterte uns Herr Ireneusz Brzezinski, die Vorstellungen unserer polnischen Partner, eine Art diagonal geführte Schnellstraße im Rechteck der Metropolen Dresden, Breslau, Posen und Berlin entstehen zu lassen. Eine Schnellstraße, die von Posen (Poznań) über Grünberg (Zielona Góra), Sorau (Żary) auf polnischer Seite bis nach Lugknitz (Łęknica)/Krauschwitz führen und im Weiteren in direkter Streckenführung nach Dresden reichen soll. Diese Idee war der wohl interessanteste Punkt unseres Gespräches. Denn genau eine solche Trasse würde das ermöglichen und erfüllen, was wir uns unter einer soliden und vernünftigen, für die Region enorm wichtigen Infrastrukturmaßnahme vorstellen. Wie würde und sollte diese Streckenführung auf deutscher Seite aussehen? Als erstes müsste das Teilstück der Straße von Lugknitz kommend am Kreisverkehr bei Weißkeißel südlich der Ortslage direkt in Richtung der B 156 gebaut werden. Dieser Bauabschnitt würde grob geschätzt nicht mehr als 10 km neu zu bauender Strecke bedeuten. Denn ein dauerhaftes Befahren der Nordumfahrung Weißkeißel, dann über Weißwasser, ist auf Dauer unökonomisch und verkehrstechnisch nicht akzeptabel.

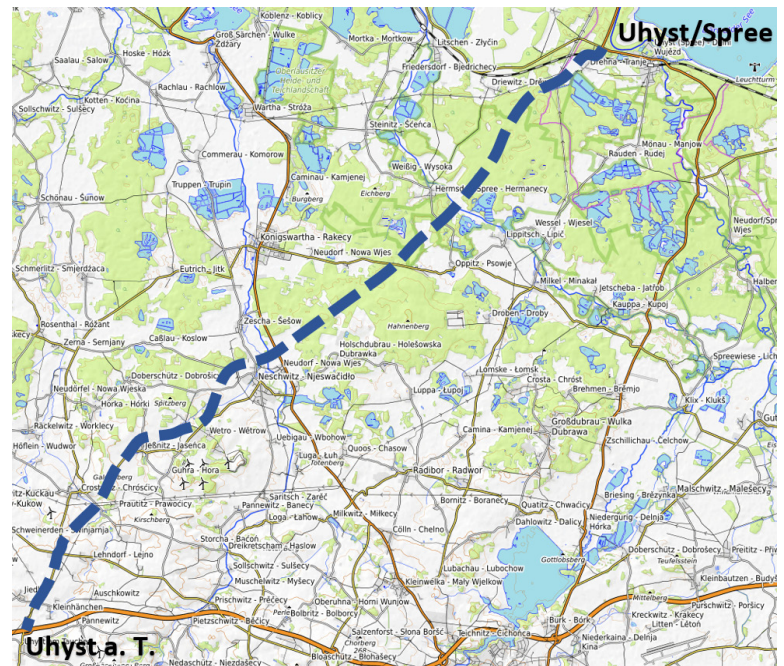
Schaut man nun im weiteren Verlauf auf die Karte, ist eine neu gebaute, dem Charakter einer Autobahn nahe kommenden Strecke, am Abzweig Uhyst der B 156 nahe Drehna in Richtung Königswartha vorstellbar. Diese sollte die B 96 zwischen Königswartha und Neschwitz kreuzen, um an Crostwitz vorbei, direkt am Autobahnanschluss Uhyst a.T. die A4 zu erreichen.

Dieses, sicher herausragende Infrastrukturprojekt, ist aber nicht die einzig notwendige Maßnahme zur Verbesserung der verkehrstechnischen Struktur in unserer Region. Die durch den gezielt geplanten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und dem nun endlich beginnenden Strukturwandel notwendigen Maßnahmen erfordern die baldmöglichste Umsetzung der Planungen zum verkehrstechnischen Zusammenschluss der Industriestandorte Boxberg und Schwarze Pumpe. Halbherzige und provisorische Maßnahmen darf es nicht geben! Auch hier muss das in Aussicht gestellte Geld zügig und projektgebunden eingesetzt werden. Die dringend nötige Südumfahrung der Stadt Weißwasser, in Richtung der Ortslagen Rohne-Mulkwitz, weiterführend über eine neu zu bauende Spreebrücke nördlich der Ortslage Spreewitz, hin zum Kreisverkehr bei Spreewitz, haben höchste Priorität! Diese Projekte werden aktuell in unserem

Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr ausgearbeitet, um diese dann in den zuständigen Ausschuss einzubringen. Wir werden mit Nachdruck an der Umsetzung dieser, für unsere strukturschwache Region, elementar wichtigen Maßnahmen festhalten. Über den Verlauf werde ich, werden wir in nächster Zeit Bericht erstatten.



Genutzte Kartengrundlage: OpenStreetMap



Genutzte Kartengrundlage: OpenStreetMap

Aktuelles aus dem Landtag – Kosten für externe Dienstleister und Berater in den Ministerien laufen aus dem Ruder

Die Kosten für externe Dienstleister und Berater steigen immer mehr. Das ergab meine kleine Anfrage, Drucksache 7/4100. Auch die Hintergründe der Ausgaben sind oftmals sehr fragwürdig. So sind im Staatsministerium von Frau Katja Meier die Kosten für die psychiatrische Versorgung von Gefangenen von 0 € im Jahr 2018 auf 581.824,69 € im Jahr 2020 angestiegen. Im Staatsministerium für Kultus entstanden im Jahr 2020 Kosten in Höhe von 206.730,03 € für ein Projekt „Schule ohne Rassismus“. Im Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wurden im Jahr 2019 449.995,25 € für ein Modellprojekt „Antidiskriminierungsberatung“ ausgegeben sowie 192.798,66 € für „Strategische Kommunikation“. Im Jahr 2020 wurden dort zu dem 173.453,00 € für die Förderung der „sozialen Integration und Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund/Stärkung

gesellschaftlicher Zusammenhalt“ eingesetzt. Der Ministerpräsident ließ sich im Jahr 2019 im Rahmen der Dialogreihe „Miteinander reden“ für 162.102,10 € beraten. Dazu habe ich als Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss erklärt:

Dies sind nur einige Beispiele aus der Spitze des Eisberges. Während zahlreiche Menschen in Sachsen um ihre Existenz fürchten müssen und zugleich die Steuereinnahmen einbrechen, werden in den Ministerien hunderttausende Euro für fragwürdige, oftmals ideologische Projekte verschleudert. So kann es nicht mehr weitergehen. Jetzt muss alles auf den Prüfstand und hinterfragt werden. Absolute Transparenz und Kostenreduzierung, jetzt!

Bevölkerungsschutzgesetz, oder doch ein Ermächtigungsgesetz?

Die dritte Auflage des sog. Bevölkerungsschutzgesetzes wurde und wird immer wieder als ein Gesetz zur Ermächtigung bei der Durchsetzung von „notwendigen Maßnahmen“ bezeichnet. Maßnahmen, die im Grundgesetz verbrieft und bislang als unantastbar geltende Grundrechte, nun immer einfacher beschneiden und außer Kraft setzen können. Vordergründig sind es Maßnahmen, die das Recht auf Versammlungsfreiheit massiv einschränken. Am 18. November wurde dieses Gesetz im Bundestag debattiert und mit einer Mehrheit aus den Reihen der GroKo, den Grünen und Teilen der FDP und Linken, beschlossen. Noch am gleichen Tage wurde dies im Bundesrat verabschiedet und dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorgelegt. Genau diese Einschränkungen sind eine der größten Gefahren für eine funktionierende Demokratie. Wenn dann derartige, tiefgreifende Einschnitte, in Form von Gesetzen, im Eilzugtempo durchgepeitscht werden, sollte jeder Bürger nicht nur hellhörig werden, sondern von seinen Rechten Gebrauch machen und dagegen protestieren. Seit Monaten laufen Bürger verschiedener Ausrichtungen und persönlicher politischer Positionen in Großdemonstrationen Sturm gegen das, was die Regierenden ihnen ungefragt auferlegen. Es sind Maßnahmen, die das Notwendige und Nachvollziehbare bei weitem übersteigen. Die AfD, die einzige Opposition in den Parlamenten, die sich dem geschlossen entgegenstellt, wird und wurde defacto mundtot gemacht. Sie wird angefeindet, diffamiert und verleumdet. Somit wird der oppositionelle Arm, einer pluralistischen Gesellschaft, regelrecht amputiert.

Deshalb war es logisch und konsequent, dass Mitglieder, Freunde und Unterstützer der AfD aus allen Teilen der Bundesrepublik an diesem Schwarzen Tag unserer Demokratie, nach Berlin reisten und neben den scharf geführten Debatten im Bundestag, auch auf der Straße Flagge zeigten.



Roberto Kuhnert mit AfD-Flagge auf der Demo vom 18.11.2020 in Berlin, Foto: Jens Oberhoffner

Es war eine eindrucksvolle Demonstration und ein wiederholt klares Signal an die Regierenden, hier nicht schweigend über sich ergehen zu lassen, was man zu Recht befürchtet. Das Beschneiden der im Grundgesetz verbrieften Rechte muss auch in Zukunft ausgeschlossen bleiben. Ein Überwachungsstaat mit dem Hang zu totalitären Strukturen, ein Staat, der offen zum Denunziantentum aufruft, der bereit ist, Gewalt gegen friedlich demonstrierende Bürger anzuwenden, den darf es nicht geben!

Deshalb denken Sie immer daran:

‘89 wollten wir mündige Bürger sein.

Lassen wir uns jetzt nicht das Wort verbieten!

Ihr Roberto Kuhnert



Roberto Kuhnert, MdL

Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss,
Bergbaupolitischer Sprecher

Kontakt: buero@robertokuhnert.de

Liebe Mitbürger, liebe Parteifreunde und Unterstützer,

hinter uns liegt ein Jahr voller Entbehrungen. Die regierenden Politiker nutzen die sogenannte „Corona-Pandemie“ für den Erlass weitreichender Einschränkungen in unserer Gesellschaft. Die Freiheit steht unter enormen Druck und muss zunehmend neu erkämpft werden. Grundrechte, wie die Freiheit der Person, die Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit und sogar die Unverletzlichkeit der Wohnung wurden gesetzlich verbrieft eingeschränkt. Auch wenn der juristische Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht noch abzuwarten gilt, steht bereits jetzt zweifelsfrei fest, dass sich unsere freie Art zu leben verändern wird. Der Ausblick auf das Jahr 2021 birgt viele Gefahren und Ungewissheiten. Es liegt an uns allen, uns diesen Zuständen entschlossen entgegenzustellen. Werfen wir zum Abschluss dieses ereignisreichen Jahres auch einen Blick auf unsere beiden Nachbarländer und auf die Folgen der aktuellen Politik, die Schritt für Schritt zu Tage treten werden.

Kohleausstieg bei unseren Nachbarn Tschechien und Polen

Tschechien und Polen zeigen, dass es auch anders geht. Denn einen schnellen und überhasteten Kohleausstieg wie hierzulande, können sich diese Länder gar nicht leisten. In Tschechien wurde beschlossen, dass bis 2040 zwei Drittel aller Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Ein harter Einschnitt, denn in Nordböhmen hängt fast jeder 3. Arbeitsplatz von der Kohle ab. Ein schneller Ausstieg würde so jede Familie treffen. Da der Steinkohlepreis international massiv gefallen ist, denkt man in Tschechien über einen Ausstieg aus der Steinkohleförderung nach. Eine Entscheidung soll bis Jahresende erfolgen. Es wird damit gerechnet, dass Tschechien seine Gesamtkohleförderung bis 2050 langsam zurückfährt. Ein Konzept für die stark betroffenen Regionen existiert bisher nicht.

Gerade ging in Polen der neue Kraftwerksblock Jaworzno mit 910 MW ans Netz. Im Vergleich zu den alten Blöcken stößt der neue Block 80% weniger SO₂ und NO_x aus sowie 31% weniger CO₂. Gleichzeitig gibt der Energieversorger Tauron bekannt, dass parallel in Windkraft und Photovoltaik investiert wird. Einen festen Termin für den Kohleausstieg gibt es aber in Polen noch nicht, da weitere neue Blöcke demnächst ans Netz gehen und einige moderne Blöcke erst seit wenigen Jahren in Betrieb sind.

80% des polnischen Stromes stammen aus Kohlekraftwerken, was dazu führt, dass die Polen statt 30 Cent wie in Deutschland nur 13!!! Cent für die Kilowattstunde bezahlen. Niemand hat etwas gegen Erneuerbare Energien, wenn sie eine gewisse Marktreife und Umweltverträglichkeit nachweisen können. Aber die massive Subventionierung hierzulande hat in den letzten 20 Jahren dazu geführt, dass unser Strompreis geradezu „explodiert“ ist. Ab dem neuen Jahr kommt dann noch die von den Grünen geforderte und von der großen Koalition

umgesetzte CO₂-Abgabe als erheblicher Kostenfaktor auf unsere Bürger zu. Ein Liter Benzin verteuert sich dann um ca. 7,5 Cent....die polnischen und tschechischen Tankstellen in der Grenzregion wirds freuen!

Die Krönung ist aber, dass durch die neue CO₂-Abgabe der Strompreis sinken soll. Wir sind gespannt und sprechen uns in einem Jahr wieder.

Wasser predigen und Wein trinken

Im Übrigen wurde Tschechiens Gesundheitsminister, Roman Prymula, kurzfristig entlassen. Der Grund: er wurde im Restaurant ohne Maske erwischt und hat damit gegen seine eigenen strengen Corona-Regeln verstoßen. Regierungschef Andrej Babiš legte ihm zuerst den Rücktritt nahe, was von Prymula jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin wurde der Gesundheitsminister entlassen. Hartes Durchgreifen in der tschechischen Regierung! Vergleichbares wäre in Deutschland undenkbar. Man denke nur an die zahlreichen Maskenverstöße deutscher Politiker: Armin Laschet ohne Maske im Flugzeug, Jens Spahn ohne Maske im Fahrstuhl voller Menschen oder Norbert Walter-Borjans ohne Maske im ICE. Gegenüber der Bevölkerung harte Konsequenzen predigen, es bei sich selbst aber nicht so genau nehmen.

Polen in Aufruhr – Streik der Frauen, Tierschutzgesetz und „die längste Treppe Europas“

Neben den Einschränkungen und deren Folgen rund um Corona erlebt Polen derzeit viele politische Unruhen. Seit Wochen gehen hunderttausende Menschen (besonders Frauen) gegen Verschärfungen im Abtreibungsrecht auf die Straßen und legen das öffentliche Leben in zahlreichen großen Städten lahm. Mit den neuen Regeln sind Abtreibungen in Polen de facto nur noch nach Vergewaltigungen oder schwersten Missbildungen des Fötus möglich, sodass dieser nicht lebensfähig wäre.



Streik der Frauen am 28.10.2020 in Krakau mit dem Symbol des Widerstandes „Strajk Kobiet“, Foto: Jens Oberhoffner

Die Frauen sehen ihre Freiheitsrechte in großer Gefahr. „Wir sind keine Gebärmaschinen!“ und „Die Pis-Regierung führt Krieg gegen die Frauen!“ sowie „Polen ist kein Rechtsstaat mehr!“ sind nur einige der Losungen auf den Plakaten. Ich habe selbst eine Demo besucht und kann nur sagen, dass sich die Lage weiter zuspitzen wird. Eine Befriedung ist bei der Thematik nicht in Sicht. Inzwischen kommt es im polnischen Parlament zu regelmäßigen Protestaktionen der Opposition mit Protestplakaten und heftigen Wortgefechten.

Dies sind jedoch nicht die einzigen Proteste in Polen. Seit Ende September demonstrieren die Bauern gegen Änderungen des Tierschutzgesetzes. Was war genau passiert? Die Pis-Regierung möchte mit Änderungen im Tierschutzgesetz Pelztierfarmen komplett abschaffen und die Schächtung von Nutztieren für den Export verbieten. Polen ist nach China und Dänemark der größte Exporteur von Nerzfellen. Regierungschef Morawiecki versucht nun die aufgeheizte Stimmung wieder einzufangen und Zugeständnisse zu machen. Ein Zerfall der Regierung konnte so nur knapp abgewendet werden. So sollen die Gesetzesänderungen erst im Januar 2022 in Kraft treten, um den Landwirten mehr Zeit für den Übergang einzuräumen. Das Exportverbot von koscherem Geflügelfleisch soll zudem wieder aufgehoben werden, da der Großteil der polnischen Geflügelindustrie davon abhängt.

Was stellt man sich unter „der längsten Treppe Europas“ vor? Wohl kaum eine Autobahn. Es ist jedoch genau eine Autobahn, von der die Polen hier sprechen. Es handelt sich um die Autobahn A18, die ehemalige Reichsautobahn 9 von Berlin nach Breslau.



Autobahn A18, Abschnitt E36 in Polen Richtung Breslau, Quelle/Foto: Wikipedia, Marcin Szala

Die Fahrbahn besteht seit 1938 nahezu unverändert, lediglich die Fugen zwischen den Betonplatten wurden ab und an erneuert. Die neue Strecke in der Gegenrichtung wurde von 2001 bis 2006 gebaut. Das historische letzte Stück Reichsautobahn soll nun endlich verschwinden. Die Erneuerung der Fahrbahn soll bis 2023 abgeschlossen sein. Wer sein Auto nochmal einem Härtetest unterziehen möchte, sollte sich beeilen, solange die letzten Betonplatten noch im Boden sind.

Turbulenzen in der EU: Polen und Ungarn legen ihr Veto gegen den EU-Haushalt ein

Paukenschlag zum Jahresende in der EU. Polen und Ungarn stoppen den EU-Haushalt, zu Recht. In dem Haushaltsgesetz sollen EU-Mittel gekürzt oder vollständig gestrichen werden können, wenn bestimmte Staaten Rechtsstaatlichkeitsprinzipien nicht einhalten. Beide Länder sehen ihre Souveränität verletzt und lehnen Einmischungen in innerstaatliche Angelegenheiten ab. Polens Justizminister Zbigniew Ziobro sagte: „Diese Frage entscheide darüber, ob Polen souveränes Mitglied der EU bleibe oder der politischen und institutionalisierten Sklaverei unterworfen werde“. Beide Länder sprechen zudem von „völlig willkürlichen Entscheidungen von EU-Beamten“. ¹ Denn wer entscheidet letztendlich, was zur Rechtsstaatlichkeit gehört...ein sehr dehnbarer Begriff, den man durchaus gegen Länder, die sich weigern Flüchtlinge aufzunehmen, gut anwenden könnte.

Es endet ein Jahr voller Turbulenzen und unvorstellbarer Ereignisse. Der Blick in das Jahr 2021 wirft viele Fragen auf, wie es in Sachsen, Deutschland und Europa weitergehen soll. Bitte bleiben Sie wachsam, wehren Sie sich gegen zunehmende Grundrechtseinschränkungen im Kleinen und im Großen. Nur so haben wir gemeinsam eine Chance, dem Ganzen entgegenzuwirken.

Ich wünsche Ihnen ein gesundes neues Jahr 2021.

Ihr Jens Oberhoffner

¹ - Quelle: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/rechtsstaatlichkeit-url-rechtsstaatlichkeit-eu-haushalt-veto-ungarn-polen-verpflichtung-drohung?>



MdL Jens Oberhoffner

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung, Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen

Homepage: www.jensoberhoffner.de

E-Mail: buero@jensoberhoffner.de

Studie: ARD-Volontäre wählen zu 92 Prozent grün-rot-rot

Laut der Fachzeitschrift „Journalist“, einer der wichtigsten Fachzeitschriften der Branche, würden 92 Prozent der ARD-Volontäre grün-rot-rot wählen. Auf die Grünen entfielen dabei 57 Prozent, auf die Linkspartei 23 Prozent und auf die SPD 12 Prozent.

Wen wundert das? Die Öffentlich-Rechtlichen sind zur Beute einer linksgrünen Gesinnungsgemeinschaft geworden. Die Parteipräferenzen der ARD-Volontäre sagen viel darüber aus, welche Denkweisen dort besonders willkommen sind. 92 Prozent aus derselben ideologischen Ecke: Von solchen Zustimmungswerten träumen Einheitsparteien.



Die ganze Bandbreite der Meinungen und die Vielfalt der Weltanschauungen werden in den GEZ-Medien längst nicht mehr abgebildet. Im Gegenteil: Sie werden bekämpft, in dem die linksgrüne Leitideologie und Wirklichkeitsbeschreibung auf Dauerschleife läuft.

Dafür sollten die Bürger dann ab Januar 2021 nochmal tiefer in die Tasche greifen. Der Monatsbeitrag sollte dann von 17,50 Euro auf 18,36 Euro steigen. Dies haben CDU, SPD und Grüne im sächsischen Landtag beschlossen – gegen die Stimmen der Afd.

„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“

Indes plant die Bundesregierung einen 220 Millionen Euro schweren Fördertopf auch für Printmedien. Die Mainstream-Presse, deren Auflagen seit Jahren schwinden, soll damit künstlich beatmet werden. Da die Förderfähigkeit an eigene Investitionen geknüpft ist, dürften in der Regel zahlungskräftige Oligopolisten wie FAZ, TAZ, Süddeutsche, Zeit und Co. profitieren, die ohnehin regierungsnah in Erscheinung treten.

Das ist der Weg in die verstaatlichte Presselandschaft. Auch wenn die redaktionelle Freiheit formal gewahrt bleiben soll, glaubt doch niemand, dass Verlagshäuser in die Hand beißen, die sie füttert.

Ohne finanzielle Unabhängigkeit keine politische Unabhängigkeit. Bestes Beispiel ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Machen Sie sich frei von diesem überholten und erzwungenen Rundfunksystem. Unterstützen Sie die Initiative <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/> und tragen Sie sich ein in die Unterstützerliste für einen neuen Medienvertrag ohne Zwang und Propaganda.

IS-Unterstützer im Landkreis Görlitz und Messer-Attentat in Dresden: Abschieben heißt Leben retten!

Im Landkreis Görlitz halten sich aktuell mindestens sechs Asylmigranten auf, die Terrororganisationen bzw. religiösen Extremismus unterstützt haben. Drei davon stehen im Zusammenhang mit dem „Islamischen Staat“ (IS). Die Asylanträge von fünf dieser Personen wurden abgelehnt. Zwei dieser Ablehnungen erfolgten bereits im Jahr 2016. Keine der betreffenden Personen wurde bisher abgeschoben. Darüber hinaus sind sechs Personen bekannt, die sich im Rahmen des Asyl-Anhörungsverfahrens selbst einer Verbindung zu Terrororganisationen wie dem „IS“ oder anderen religiösen extremistischen Gruppen bezichtigt haben.

Dies geht aus der Stellungnahme des Innenministeriums auf eine kleine Anfrage (Drs.-Nr.: 7/4209) von mir hervor.

Es ist ein Skandal, dass Terror-Unterstützer schon vier Jahre unter uns weilen, ohne abgeschoben zu werden. Das ist eine sicherheitspolitische Bankrotterklärung. Wozu die Inkonsequenz im Umgang mit kriminellen Asyl-Islamisten führt, zeigt der tödliche IS-Messermord in Dresden.

Der 20-jährige dringend tatverdächtige Syrer war erheblich vorbestraft. Er soll Anschläge auf Events in Dresden geplant haben. Zu diesem Zwecke besorgte sich der bekennende IS-Anhänger Anleitungen aus dem Internet. In Haft wurde er als »Gefährder« eingestuft, weil er seine islamistische Gesinnung nicht ablegte und einen Justizvollzugsbeamten tötlich angriff.



Fast zwei Jahre hatte die Landesregierung Zeit diesen Mann abzuschieben. Stattdessen wurde er mitten im schönen Dresden auf freien Fuß gesetzt. Die Maßnahmen, die der Landtag extra für solche im neuen Polizeigesetz zum Schutz der Bevölkerung verabschiedet hatte, wurden nicht einmal beantragt und einem Richter zur Prüfung vorgelegt. Dabei handelt es sich um: Aufenthaltsvorgabe, elektronische Fußfessel, Observation und Gefährdergewarhaftung.

Die »Politik der offenen Grenzen« und die politisch motivierte Abschiebe-Unlust sind potentiell lebensgefährlich. Das Versagen der Behördenleitung und des Innenministeriums ist zwingend und unverzüglich aufzuklären. Ich möchte nicht darauf warten, bis ein Gefährder auch in Görlitz oder anderswo zur Tat schreitet. Wie etwa die islamistischen „Kalaschnikow-Poser“, die jüngst einen Großeinsatz der Polizei auslösten.

Es ist ebenfalls völlig absurd IS Unterstützern und anderen Gefährdern eine »Duldung« zu gewähren. Die betreffenden Personen müssen zwingend die Ausweisung erhalten und dezentral kontrolliert untergebracht werden. Mit der Sicherheit der Bürger spielt man nicht.

AfD-Straßenbaupläne im Landkreis Görlitz werden auch vom Landrat für richtig gehalten.

Der Görlitzer Landrat Bernd Lange (CDU) fordert den Ausbau der B 115 sowie die Fertigstellung der Südumfahrung der Stadt Görlitz als Alternative zur fallengelassenen B 178-Erweiterung. Dies geht aus einer Bericht der Sächsischen Zeitung (Beutler/van Appeldorn: „Neue Hoffnung für alte Straßenbaupläne“, 05.11.2020) hervor.

Landrat Lange unterstreicht somit die Forderungen der AfD im Landkreis Görlitz. Als einzige Partei im Landkreis Görlitz, hat die AfD konkrete Forderungen in ihrem Programm: Sie hat den breiten Ausbau der B115 zur leistungsstarken Fernstraße gefordert, bevor die B 178er Variante mitten durch das Biosphärenreservat erwartbar ausgeschlossen wurde. Dies gilt ebenso für die Südumfahrung der Görlitzer Stadtgebietes.



Esisterfreulich, wenn diese Ideen zur Infrastrukturgestaltung der Region eine breite Unterstützung finden. Auch wenn das naheliegende Konzept aus B 115-Ausbau und Südumfahrung lange aus dem Sichtfeld der etablierten Politik gerückt ist. Dadurch ging kostbare Zeit verloren.

Immerhin deutet sich jetzt auch politisch ein gangbarer Weg an. Für konstruktive und sachbezogene Arbeit im Dienst der Region stehen wir immer zur Verfügung. Die Infrastrukturentwicklung in Ostsachsen muss endlich vorankommen.

Linke Rufschädigung statt »rechte Gewalt«

Seit dem 1. Januar 2017 hat es in der Stadt Görlitz nur einen Fall politisch rechtsmotivierter Gewalt gegeben. Dies geht aus der Stellungnahme des Innenministeriums auf eine kleine Anfrage (Drs.-Nr.: 7/4314) von mir hervor.

Dennoch wird von linken Kräften in der Stadt- und Landespolitik der Eindruck erweckt, als habe die Stadt Görlitz ein Problem mit rechter Gewalt. Im Oktober dieses Jahres sprach sich die sächsische Sozialministerin Petra Köpping (SPD) im Rahmen der Eröffnung des linksaktivistischen Görlitzer „Kulturbüros“ sowie der Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ für eine langfristige öffentliche Finanzierung beider Vereine aus.

Eine „Opferberatung“ ohne Opfer?

Ich sage: Görlitz hat kein Problem mit rechter Gewalt. Görlitz hat ein Problem mit linker Rufschädigung.



Sebastian Wippel, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Innenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion; Innenausschuss, Mitglied im Landesvorstand



Sehr geehrte Bürger,

am 10. November wurde der „Sächsische Förderpreis für Demokratie“ an „sechs Initiativen und eine Kommune“ verliehen. Auch war unter den Preisträgern die Gruppierung „Paradiesvögel statt Reichsadler“ welche mit 3000 Euro ausgezeichnet wurde. An das herausragende demokratische Engagement dieser bis dahin unbekanntes Formation können wir uns noch gut erinnern: ein pöbelnder, hupender Kolonnenmob mit Antifa-Symbolik, aggressiv und unter die Gürtellinie gestikulierende Insassen auf der Bundesstraße 96, an dem unter anderem auch das Gerhart -Hauptmann- Theater aus Görlitz teilnahm. Dass einige Paradiesvögel-Teilnehmer, mehrfach ihre Wagen gezielt in die Menschenmenge der stillen Protestler lenkten, ihnen also für einen Moment mit dem Tode drohten, scheint in Zeiten der welkenden Menschlichkeit akzeptabel. Der argumentative Unterbau für die Gründung der Initiative „Paradiesvögel statt Reichsadler – Karawane der Vernunft“ lautet stets, dass man sich den Rechtsextremen – damit sind die Bürger gemeint, die seit Mai jeden Sonntag an der B96 still gegen die unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen der Bundesregierung protestieren – entgegenstellen müsse.



Eine Anfrage des AfD-Wahlkreisabgeordneten Frank Peschel aus dem Bautzener Oberland ergab, dass die Polizei bisher kein einziges verfassungsfeindliches respektive rechtsextremes Symbol am sonntäglichen Saum der B96 entdecken konnte. Damit erhärtet sich einmal mehr der Verdacht, dass es sich bei den Paradiesvögeln analog zu den ideologischen Geschwistern der Antifa um eine metapolitische Basis der Regierungsparteien handeln könnte, da hier auch Mitglieder aus dem Landtag an der Karawane teilnahmen. Weiterhin wurde auch ein Sachschaden an einem Fahrzeug in vierstelliger Höhe verursacht. Es wäre also mehr als gerecht, dem Geschädigten das Preisgeld für den Schaden zu übergeben und zu zeigen, wie sozial und

demokratisch die Preisempfänger wirklich sind. Es geht diesen „Aktivisten“ kein Stück um Demokratie. Es geht ganz im Gegenteil darum, Demokratie einzuschränken, Widerständler und andere andersdenkende Gruppen zu bekämpfen. Die Mittel hierbei werden immer brutaler: An der B96 ist es das Auto, welches auf Menschen gerichtet wird, in Leipzig Connewitz ist es der Pflasterstein, der auf Oppositionelle geworfen wird. Selbst Mordversuche durch die Antifa sind keine Seltenheit mehr. Mich macht es betroffen und nachdenklich, dass gewalttätige Akteure zunehmend von Politik und Medien hofiert und gefördert werden.

Wie kann man es wagen, urdemokratische Werte und Aktivitäten, wie bsw. das Gründen einer neuen Partei oder eines Vereins, das Demonstrieren oder das schlichte Benennen der eigenen Meinung als undemokratisch zu bezeichnen? Welcher Realitätsverlust liegt einer solchen Haltung zugrunde? Wie kann es sein, dass das aggressiv-sadistische Auftreten jener Gruppierungen, insbesondere vor dem Hintergrund der heuchlerischen Selbstbeschreibung „für Demokratie und Freiheit“, keinen Sturm der Entrüstung im öffentlichen Diskurs auslöst? Besteht möglicherweise bei einem Teil der politisch-medialen Klasse das Interesse, den Sprachgebrauch in ein diffuses Dickicht an Uneindeutigkeiten zu verzerren? Frei nach dem Motto: Was Demokratie ist, entscheide ich oder das Medium oder eine gewalttätige Vorfeldorganisation. Nein, die „Karawane der Vernunft“ war keine Aktion für Demokratie, wie es Frau Staatsministerin Meier in Ihrer Lobeshymne beschreib.

Verfolgen Sie meine Anfrage an die Staatsregierung zum Thema unter folgenden QR Code:



Demonstrationen sind keine Vergnügungsreisen

Am 7.11.2020 fand eine Demonstration der Initiative „Querdenken“ in Leipzig statt, an der über 40.000 Menschen teilnahmen. Viele Teilnehmer kamen von außerhalb und haben Übernachtungen in städtischen Hotels gebucht. Es wurde bekannt, dass mehrere Hotelketten die Reservierungen gekündigt haben. Dazu ist nur eines anzumerken Wer sich auf den Weg zu einer Demonstration macht, begeht keine Vergnügungsreise, sondern nimmt ein demokratisches Grundrecht wahr. Dieses Grundrecht gilt es zu schützen und nicht durch die willkürliche Aufhebung von Reservierungen zu torpedieren. Das Verhalten lässt auf ein krudes Demokratieverständnis bei den Verantwortlichen schließen. Dabei hat sogar das

Sächsisches Sozialministerium bestätigt, dass die Teilnahme an Demonstrationen nicht zu den ‚touristischen Zwecken‘ im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung gehört. Aus meiner Sicht sollte es auch keine Rolle spielen, welcher politischen Gruppierung die Teilnehmer angehören: In einer Demokratie muss sichergestellt sein, dass alle Bürger ihr Demonstrationsrecht ungeachtet ihrer politischen Meinung wahrnehmen können. Dies gilt selbstverständlich auch für die Anhänger der ‚Querdenker‘, die in der Leipziger Volkszeitung als ‚Corona-Leugner‘ diskriminiert werden. Mit dem am 18.11.2020 verabschiedeten „Bevölkerungsschutzgesetz“ greift der Staat weiter massiv und unverhältnismäßig in die Grundrechte der Bürger ein. Wir werden alles daransetzen, das Grundgesetz zu schützen und die derzeitige Situation, wo Parlamente nur noch zum abnicken da sind und so der Wille der Wähler nicht mehr repräsentiert wird, zu kritisieren.

*„Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte,
um die Freiheit einzuschränken, wird meine
Freunde und mich auf den Barrikaden zur
Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz
wörtlich gemeint.“*

- Willy Brandt -

Sachsens Kenia-Regierung stimmt für GEZ Erhöhung

Sachsens Regierung mit dem CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer an der Spitze sollte sich ein Beispiel an seinen Parteifreunden im Nachbarland Sachsen-Anhalt nehmen. So geht Rückgrat! Kretschmer selbst hatte laut Sächsischer Zeitung vom 6. Mai 2019 eine Gebührenerhöhung von monatlich 17,50 auf 18,36 Euro abgelehnt.

Aus heutiger Sicht stellt sich das allerdings so dar, dass er im Vorfeld der Landtagswahl die Unwahrheit gesagt hat, um daraus Vorteile für seine Partei bei der Landtagswahl zu erzielen. Das nennt man Wählertäuschung oder möglicherweise auch Lüge. Heute regt sich seitens der sächsischen Regierung kein Widerspruch mehr gegen die neuerliche Abzocke der Bürger. Sie sollen brav den medialen Elfenbeinturm - mit den Beziehern exorbitanter Gehälter darin - weiter füttern!

Gruppenvergewaltigung in Löbau

Ich finde es unerhört, dass die Bürger über Kapitalverbrechen nicht informiert werden. Das wäre die Aufgabe der Behörden, damit die Bürger ihre Kinder vor gefährlichen Tätern schützen können. Durch das Verschweigen, wie in Löbau geschehen, hätte es zu weiteren schweren Straftaten kommen können. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Behörden vom CDU-Innenministerium zum Schweigen angewiesen wurden, in der Hoffnung, diese Verbrechen nicht öffentlich werden zu lassen. Gruppenvergewaltigungen sind in Sachsen ein neues Phänomen, das bisher eher aus Westdeutschland bekannt war. Dieses Verbrechen legt aber auch die unvollkommene Sicherheitspolitik von CDU-

Ministerpräsident Michael Kretschmer und seinem Kabinett offen. Da ich diesen Vorfall nicht einfach ad acta legen kann, werde ich mich weiterhin diesem Thema widmen. Ich möchte hier genau wissen, wer zu welchem Zeitpunkt etwas über das Verbrechen wusste und auf wessen Weisung hin die Informationen zurückgehalten wurden.

Das neue Phänomen der Gruppenvergewaltigung ist offensichtlich ein Ergebnis des unkontrollierten Zuzugs von Ausländern. Hier muss Ministerpräsident Michael Kretschmer endlich etwas unternehmen! Straffällig gewordene Ausländer oder abgelehnte Asylbewerber müssen endlich in ihre Heimat abgeschoben werden. Durch eine Gerichtsverhandlung kam heraus, dass ein Türke ein 15-jähriges Mädchen in Löbau vergewaltigt hatte. Nach der Tat holte er seine Cousins, die ebenfalls über das Mädchen herfielen. Zudem soll der Türke weitere Minderjährige u.a. zum Oralsex gezwungen und gefilmt haben, berichten mehrere Medien. Nun wurde der Prozess gegen den Täter ausgesetzt, weil die Glaubwürdigkeit der Opfer geprüft werden soll. Der mutmaßliche Täter wurde aus der U-Haft entlassen!

Hier können Sie meine Arbeit, Aktivitäten und Stellungnahmen verfolgen.



Folgen Sie mir auf Telegram und Facebook

Sehr geehrte Bürger,

Liebe, Freude, Heiterkeit,

Tränen, Trauer, tiefes Leid.

All das hat uns das alte Jahr gebracht.

Auch das neue Jahr wird bringen – ganz ohne Frage – gute als auch schlechte Dinge.

Der Trick ist, sich an allem zu begeistern, die guten und auch die schlechten Zeiten zu meistern.

Dies ist nun einmal der Gang des Lebens, wer hofft, Tiefpunkten zu entgehen, hofft vergebens.

Ist es nicht der Reiz im Leben,

auch in schweren Phasen nicht aufzugeben?

Nur wer Schwieriges meistert ganz ohne List, wird stärker und dadurch zu dem, was er ist.

Ich wünsche Ihnen ein gesundes neues Jahr 2021.

Bleiben Sie Gesund !

MdL Mario Kumpf

Mitglied des Sächsischen Landtages,

Mitglied des Kreistages von Görlitz und

Stadtrat von Ebersbach-Neugersdorf

Neues von der

AfD-Kreistagsfraktion Görlitz

Die letzte Kreistagssitzung des Jahres 2020 fand am 16. Dezember statt. Ein zentraler Punkt der Tagesordnung war die Debatte zum Erweiterungsbauvorhaben des Landratsamtes Görlitz. Um die geplanten massiven Investitionen und die Notwendigkeit zu überprüfen, hat die AfD-Kreistagsfraktion einen Antrag gestellt. Gerade in der heutigen Zeit der Digitalisierung mit zunehmenden Online-Konferenzen sowie dem Ausbau von Home-Office-Arbeitsplätzen scheint uns eine Überprüfung dieses teuren Erweiterungsbaus mehr als notwendig. Wir wollen schließlich nicht, dass der Landkreis Görlitz im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes auftaucht. Der Kreisrat Sebastian Wippel stellte nochmals Punkt für Punkt die Inhalte des Antrags vor. Das Hauptziel ist eine Reduzierung der Baukosten, die bereits vor Beginn regelrecht explodiert sind, sowie die Weiternutzung vorhandener Strukturen. So soll Löbau laut Antrag als Standort erhalten bleiben. Die teure und wartungsintensive Tiefgarage soll durch ein Parkdeck ersetzt werden und der Versammlungssaal selbstverständlich auch anderweitig genutzt werden können. Die Altbausubstanz um die Berliner Straße soll saniert und aufgewertet werden. Landrat Bernd Lange sprach davon, dass die Verwaltung ja für die Bürger da ist und damit dieser Bau vor allem den Bürgern des Landkreises zugutekommt. Wir meinen, dass ein solches Projekt auch verhältnismäßig geplant werden muss. Schließlich zahlen dafür die Bürger mit ihren Steuern. Wir brauchen nicht immer mehr Fläche für immer mehr Bürokratie. Außerdem wurde erneut seitens des Landratsamtes darauf verwiesen, dass ein Großteil des 52,7 Millionen Euro teuren Projektes gefördert wird – teilweise aus dem Strukturfonds. Das stellt aus unserer Sicht eine Zweckentfremdung der Gelder dar. Diese sind für den dringenden Strukturwandel in der Region aufgrund des Braunkohleausstiegs vorgesehen. Das Ergebnis der Abstimmung zum Überprüfungsantrag nehmen wir demokratisch zu Kenntnis: Außer den AfD-Kreisräten stimmten nur wenige Kreisräte aus anderen Fraktionen dem Antrag zu. Bei 20 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen wurde er mehrheitlich abgelehnt und der Weg für das Mega-Landratsamt bleibt frei. Der Landkreis Görlitz liegt inmitten einer strukturschwachen Region. Deshalb sind die Hauptkosten des Haushalts die Sozialausgaben. Und trotzdem leistet sich der Landkreis Görlitz dieses Mega-Projekt. Der wirkliche Bedarf ist nicht ersichtlich, belastbare Gründe bleiben unbekannt. Ein Erweiterungsbau dieser Größenordnung kann niemandem nachvollziehbar erklärt werden. Und ob es wirklich im Interesse der Bürger liegt, darf angezweifelt werden.

Wir freuen uns auf Ihre Kommentare und Anmerkungen.

Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer oder natürlich als Mitglied. Unser Spendenkonto:

Empfänger: AfD-Kreisverband Görlitz
Verwendungszweck: Spende, Spendername/-adresse
IBAN: DE33 8505 0100 0232 0219 61
BIC: WELADED1GRL

Unsere Büros im Landkreis

Weißwasser | MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert
Muskauer Straße 73, 02943 Weißwasser
Telefon: 03576 / 2186678

Öffnungszeiten: Mo. 14:00 – 18:00 Uhr
Di. 09:00 – 15:00 Uhr
Mi. 09:00 – 12:00 Uhr
Do. 09:00 – 12:00 Uhr

Niesky | MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert,
MdL J. Oberhoffner
Muskauer Straße 1, 02906 Niesky
Telefon: 03588 / 2593281

Öffnungszeiten: Di. 09:00 – 13:00 Uhr
Mi. 12:00 – 16:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Löbau | MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau
Telefon: 03585 / 4524793

Öffnungszeiten: Mo. 10:00 – 18:00 Uhr
Di. 10:00 – 18:00 Uhr
Mi. 14:00 – 18:00 Uhr
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

Görlitz | MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel, Kreistagsfraktion
Berliner Straße 51, 02826 Görlitz
Telefon: 03581 / 6861634

Öffnungszeiten: Mo. 09:00 – 12:00 Uhr
Mi. 13:00 – 17:00 Uhr
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

Zittau | MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau
Telefon: 03583 / 5627090

Öffnungszeiten: Di. 09:30 – 17:30 Uhr
Do. 12:30 – 16:30 Uhr
Fr. 13:00 – 15:00 Uhr

www.afdgoerlitz.de



Impressum

Herausgeber:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

Druck & Verlag:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

V.i.S.d.P.: Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4,5: Roberto Kuhnert, Seite 6,7: Jens Oberhoffner, Seite 8,9: Sebastian Wippel, Seite 10,11: Mario Kumpf
Salomonstraße 1, 02826 Görlitz
Telefon: 03581/68 616 34 E-Mail: vorstand@afdgoerlitz.de